

5 Nachtrag, den 11.4.2019:

Der Beirat Mitte wird dominiert von einer Mehrheit aus Parteimitgliedern des linken Spektrums: SPD, Linke, Grüne. Sie haben laut Weser Kurier Stadtteil-Kurier Mitte vom 7.3.2019 einen Beschluss gefasst Ihre Globalmittel anders auszugeben als die drangsalierten Mieter der Vonovia zu unterstützen. „*Beirat Mitte vergibt 3000 Euro und will über Werte informieren*“ „... dem Beirat zur Verfügung stehenden Globalmitteln sollen mit 3000 Euro ... Vorhaben unterstützt werden, die sich mit den europäischen Grundlagen befassen.“

Bestätigung: Beiräte als Teil der herrschenden Obrigkeit

10 Einerseits behauptet der Beirat, er habe keine Möglichkeit einen Ombudsmann zu finanzieren. Andererseits hat er genügend Mittel frei, um die Bevölkerung mit allgemeiner Propaganda für Europa zu berieseln.– Dafür gibt es in Bremen wahrlich andere Institutionen, wie z.B. die Landeszentrale für Politische Bildung, den EuroPapunkt im Bürgerschaftsgebäude selbst, die Stiftungen der politischen Parteien selbst usw.

20 Siehe auch meine entsprechenden Beiträge auf dieser Webseite: **Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument vom 10.12.2012**
<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20121210.pdf>

An die

25 Mitglieder des Beirates Mitte persönlich

Betr.: Baumaßnahmen der Vonovia Am Dobben
Bezug: Sitzung des Bauausschusses am 19.11.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

30 ich schreibe Ihnen persönlich noch einmal zu unserem Brief wegen der Umtriebe der Vonovia.

Am Montag, den 19.11.2018, wurden auf Ihre Anregung hin Frau Drosowski und ich vom Bauausschuss gehört. Mein Gedächtnisprotokoll davon hefte ich an.

35 Wir hatten Sie als politische Menschen angesprochen, die von sich behaupten, sich für die Belange der Bevölkerung im Stadtteil einzusetzen. Sie sind Mitglieder von politischen Parteien. Die erheben ausnahmslos Anspruch, eine gute Ordnung nicht nur für einen Bremer Stadtteil, sondern mindestens für Deutschland, wenn nicht gar für Europa und, was die Werte anbelangt, für die ganze Welt anzustreben. Wir suchten mit Ihnen Zusammenarbeit bei der Abwehr der ungerechtfertigten und die Mieter unzumutbar belastenden Maßnahmen der Vermieterin Vonovia. Sie schlugen mit einer Mail von Frau Jagemann am 12.10.2018 vor, unser Schreiben als „Bürgerantrag“ „zur besseren verfahrenstechnischen Einordnung“ in einer Fachausschutzsitzung zu behandeln. Ich schrieb gleich, dass ich mit dieser Einordnung nichts anzufangen wisse. Es ist alleine eine Entscheidung von Ihnen gewesen, so zu verfahren. Auf der Fachausschutzsitzung wurde uns dann erklärt, der Fachausschuss könne nichts tun.

Beirat lotst Bürger bewusst in verfahrenstechnische Sackgasse

50 Ich fühle mich dadurch gelinkt, d.h. bewusst getäuscht und in die Irre geführt.

5 Sie kennen vielfältige Mittel, politische Ziele voran zu bringen. Sie als Beirat (vielleicht nicht als Personen) haben z.B. schon Mal eine öffentliche Beiratssitzung auf einer Kreuzung abgehalten, was vorher weidlich publiziert wurde. So wurde zusammen mit dem zahlreich angelocktem Publikum die Kreuzung praktisch lahmgelegt. Sie haben z.B. zur Durch-

10 setzung des Übergangswohnheimes EGS zu einer Beiratssitzung ins Theater Concordia eingeladen. Sie haben dazu Claqueure mobilisiert, mit denen Sie die Anwohner niederstimmen konnten. Von den Claqueuren hat man bei der Betreuung der Geflüchteten aber niemand mehr gesehen.

15 Sie haben also zur Unterstützung der von der Vonovia belasteten Be- und Anwohner mit dem Bauausschuss bewusst ein untaugliches Mittel gewählt. Sie haben uns praktisch nur zu einer Lehrstunde vorgeladen, in der Sie uns erklären ließen, dass Sie in dem Sinne nichts tun wollen, in der verklausulierten Form der Behauptung, dass Sie nichts tun könnten.

20 Dass auch politische Vertreter etwas zur Unterstützung der von der Vonovia Belasteten tun können, beweisen politische Vertreter landauf, landab. Zuletzt der Oberbürgermeister von Stuttgart, Kuhn.

25 Und es wundert mich, dass Sie die Gelegenheit verstreichen lassen, Ihren Ruf aufzubessern. Stattdessen, verstärken Sie den Eindruck, kleinteiliges örtliches Durchsetzungsorgan der Parteipolitik und Absicherung der Beschlüsse des Senats nach unten zu sein. Der Stadtteilbeirat Rainer Müller in der Neustadt hat am 21.11.2018 ja erst im Gespräch mit Christina Kohaupt sein Motto für seiner Tätigkeit im Beirat so formuliert: „Ich bin seit elf Jahren im Beirat, um Ungerechtigkeit und Ungleichheit entgegenzutreten und um mich für diejenigen einzusetzen, die selbst nicht die Möglichkeit haben, für ihre Interessen zu kämpfen.“ Aber Sie scheinen das jeweils bestenfalls als obrigkeitsstaatliche Beglückungspolitik zu verstehen. Wie auch der Beschluss des Landesvorstandes der SPD vom 21.9.2018 zur Vonovia.

SPD, Linke und Grüne und andere Parteien vergeben Chance, als Kümmerer von der Bevölkerung wahrgenommen zu werden.

35 Aber Sie sehen doch: Das inzwischen bundesweit beschriebene Verhalten der Vonovia hat System. Nur das Klientel des Sozialsenators zu schützen, weil es dabei auch um die öffentlichen Haushalte geht, verstärkt den Unmut derjenigen, die ihre Wohnungskosten selber tragen. Und selbst im Beschluss des Landes-

40 vorstandes heißt es noch, dass die öffentliche Hand ihr Klientel nur bei den individuellen Auseinandersetzungen mit der Vonovia helfen will. Bei meiner Tätigkeit als ehrenamtlicher Helfer von Geflüchteten sehe ich, wie fast unmöglich es für „sozial schwache“¹ Haushalte ist, sich mit starken Konzernen auseinander zu setzen. Wenn

45 Sie nur auf den individuellen Rechtsweg verweisen, der in Bremen mit den häufig unendlich langen Verfahrensdauern auch noch einen besonders langen Atem erfordert, dann gleicht das schon fast einer Veralberung vieler Mieter der Vonovia. Auch die beiden Frauen aus der Praxis, die bei der SPD – Veranstaltung „Für eine sozial-

50 verantwortliche Wohnungs- und Mietenpolitik – Vonovia in die Pflicht nehmen!“ am Mittwoch, den 28.11.2018, im Kwadrat aufs Podium

Beirat lässt ihre Bürger gegen besseres Wissen allein!

¹ d.h. niedriges Einkommen, mangelnde deutsche Sprachkenntnis, kaum Kenntnis über die Gesetzeslage, kaum Kenntnis über die Instanzenzüge und Zuständigkeiten, kaum Wissen über Möglichkeiten, sich rechtlichen Beistand zu verschaffen und über die Notwendigkeit, alle Tatsachen und Vorgänge in schriftlich beleghafter Form zu sichern und zur Verfügung zu halten, ggf. jahrelang in finanzielle Vorleistungen gehen zu können usw. usf.

5 eingeladen waren, - Heike Binne vom Haus der Zukunft in Lüssum und Frau Ahlring vom Mieterverein -, sagten übereinstimmend, dass der Hinweis auf den individuellen Rechtsweg für die meisten Mieter der Vonovia-Wohnungen, nicht erfolgsversprechend sei. Sie zögen eher aus und schrieben die verlangten Zahlungen als Verlust
10 ab.

Gastwirte, Bänker, Atomkraftwerksbetreiber und viele andere Geschäftstreibende brauchen eine öffentliche Lizenz, um ihre Geschäftstätigkeit ausüben zu dürfen. Die Erlaubnisse können ihnen entzogen werden, wenn sie ein gemeinschädliches Verhalten an den Tag legen, oder auch nur wenn ihre Zuverlässigkeit in Frage steht. Wohnungsunternehmen dagegen können anscheinend systematisch gegen Recht und Gesetz vorgehen, ohne dass generelle Konsequenzen für sie daraus folgen. Das wird jeweils als Einzelfall angesehen, obwohl es bei der Vonovia offensichtlich System hat. Niemand kann ihr oder ähnlich agierenden Vermietern das Handwerk legen. Wir haben in Deutschland kein Unternehmensstrafrecht. Auch politische Parteien, die nur bewirken wollen, dass das Recht eingehalten wird, können doch das systematische Brechen der Regeln, ohne dass das Folgen für die Gesetzesbrecher hat, nicht gut heißen. Die Vonovia braucht immer nur in den wenigen Einzelfällen Rückzahlungen oder Entschädigungen zu leisten, in denen sie dazu verurteilt wird. Bei der Mehrzahl der Fälle, in denen die Geschädigten nichts unternehmen oder z.B. wegen Formfehlern erfolglos bleiben, kommt die Vonovia mit Gewinn davon – und das ist in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle so. Das führt auf der anderen Seite zu ohnmächtiger Wut der Geschädigten. In diese Wut werden die dann einbezogen, die sie (gefühlte hämisch) auf für sie ungangbare Wege der individuellen rechtlichen Auseinandersetzung verweisen. Bei den grotesk langen Instanzenwegen vor Bremer Gerichten und dem Risiko, schon nur aus Formfehlern zu verlieren – und bei den vielfältigen Abhängigkeiten, in denen eine Mietpartei meistens steht, trauen sich nur wenige, in solch eine Auseinandersetzung einzutreten. Bis ein endgültiges Urteil gefallen ist, sind die Ansprüche derjenigen mit gleicher Anspruchslagen, die nicht gleich geklagt haben, meist längst verjährt und sie erfahren von solch einem für sie günstigen Urteil meist auch nichts. Jedenfalls brauchen die Mietparteien jeweils Beweise, um ihre Forderungen zu begründen. Und die sind als Einzelpersonen oder Haushalte ganz schwer zu beschaffen. Auch der Senator für Soziales wäre in vielen Fällen, in denen er z.B. die Nebenkostenabrechnungen der von ihm bezahlten Wohnungen bezweifelt, auf die vielen Augen und Zeugnisse der anderen Bewohner*innen angewiesen. **Es würde deswegen für alle Sinn machen, sich zusammen zu schließen – selbst für die Bremer Gemeindehaushalte.** Es müssten eben Daten und Verfahrensstände systematisch gesammelt und ausgetauscht werden. Und **wenn Sie das mit organisieren**, und eine Anlaufstelle in den jeweiligen Stadtteilen mit Vonovia-Wohnungen anbieten **würden, dann könnten Sie als Beiräte auch für diese Mieter wieder eine Funktion bekommen und möglicherweise Zufriedenheit und Vertrauen aufbauen.**²

Überdies sind die Gesetze auch noch so, dass die sich veralbert vor- kommen, zu deren Schutz sie angeblich erlassen wurden.

Weit unterhalb von Ent- eignung gäbe es wirk- same politische Maß- nahmen, Vonovia und Co. Zu einem wenigstens moderaten Verhalten zu veranlassen: Li- zenz mit Zuverlässig- keitsprüfung für Woh- nungsunternehmen, Un- ternehmensstrafrecht einführen.

² das Ihnen anscheinend weitgehend verloren gegangen ist, wenn z.B. die Umfrage des Weser-Kuriers am 22.11.2018 den Trend richtig darstellt, in der sich die kleine Anzahl der Antwortenden zu zwei Dritteln mit den Beiräten unzufrieden gezeigt haben. Weser-Kurier-Leser wissen im Durchschnitt mehr über die Institutionen als die, die keine Lokalzeitung lesen.

- 5
- Einerseits preist sich die SPD an, die Mietobergrenzen weiter gedeckelt zu haben, andererseits bleiben unter ihrer Regierung mit dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz Regelungen bestehen, mit denen die Mietobergrenzen leicht ausgehebelt werden – auch wenn diese Abzocke jetzt etwas eingeschränkt werden soll³.
- 10
- Auch dürfen die Vermieter praktisch mit sich selber Verträge zu Lasten der Mieter schließen, und Nebenkosten generieren und die dann viel zu teuer erbringen. Es gibt kein Gebot der Wirtschaftlichkeit bei den Nebenkosten.
- 15
- Die Grünen werden dafür verantwortlich gemacht, dass die Strompreise / Nebenkosten für den Endverbraucher so hoch bleiben, obwohl die Gestehungskosten der Stromerzeugung sinken⁴.
 - Ebenso wird sicher den Grünen die Regelung zugeordnet, dass gegen energetische Sanierung kein Einspruch möglich ist, die Vermieter sich damit eine goldene Nase verdienen können, während die Mieter sehr viel mehr zahlen müssen, als sie Heizkosten dadurch sparen können.⁵
 - Und dass die Parteien, die behaupten, die Mieter schützen zu wollen, die gesetzlichen Möglichkeiten in den Gremien, in denen sie die Mehrheit haben, sie wirklich zu schützen, nicht nutzen.
- 20
- 25

Gebot der Wirtschaftlichkeit bei Nebenkosten einführen!

U.a. so verlieren die Parteien der Mitte immer mehr an Vertrauen bei den Wählern. Jetzt hätten sie die Möglichkeit, durch konkrete Hilfe vor Ort, verbunden mit einer entsprechenden veränderten Programmatik, Vertrauen partiell wieder aufzubauen. Und das schlagen Sie wieder in den Wind.

30

Ihre Hinweise auf die verschiedenen Ebenen, wirken als Ausrede. Sie als Parteimitglieder haben über Ihre Parteien Zugang zu allen politischen Instanzen. Und z.B. der SPD Landesparteitag hat zwar im September zur Vonovia einen Beschluss gefasst, aber lässt die normalen Mieter darin wieder alleine sich mit der Vonovia auseinandersetzen⁶ und verweist auf Gespräche der Oberen miteinander, ohne von unten Druck aufzubauen.

35

Beirat schickt Bürger von Pontius zu Pilatus

Bitte schieben Sie doch den Widerstand gegen die Machenschaften der Vonovia nicht auf den Senat ab. Werden Sie wieder glaubwürdig und bauen Sie wieder Kontakt zu den Menschen in ihren täglichen Sorgen auf. Und wirken so dem Trend entgegen, dass immer mehr Wähler zu Protestparteien oder ins Lager der Nichtwähler wechseln. Selbst der Bürgermeister von Weyhe, Andreas Bovenschulte, sagte auf der o.g. Veranstaltung der SPD, gesellschaftliche Mobilisierung sei eine wichtige Voraussetzung, um wieder erfolgreich sein und die Vonovia und andere wieder in die Pflicht nehmen zu können.

40

45

Mehrheitsparteien im Beirat fördern Abwanderung zu Nichtwählern und Populisten

³ Nicht mehr 11 sondern 8% der Modernisierungs- und Energieeinsparungskosten können die Vermieter von den Mietern pro Jahr auf Dauer als Mieterhöhung verlangen – so dauert es nicht mehr nur neun sondern 12 Jahre, dass die Vermieter sich von den Mietern das neues Eigentum haben bezahlen lassen – auf dass sie dann auf ewig auch noch einen Zins von 8% erheben können. Bei eben noch relativ preiswerten Wohnungen sollen die Mieten dadurch nicht mehr als um zwei Euro pro Quadratmeter in sechs Jahren steigen dürfen – was aber dann auch mal eben 30 und mehr Prozent der Miete ausmachen kann.

⁴ und die Investoren in erneuerbare Energien sich finanziell mit den Zwangsabgaben von den Stromnutzern die Taschen voll stopfen. Die Investoren werden als Klientel der Grünen gesehen und die Redlichkeit deren Argumente deswegen in Zweifel gezogen.

⁵ In den Neuen Bundesländern habe ich viele Plattenbauten gesehen. Energetisch sanierte und nicht sanierte. Die nicht sanierten waren voll, die sanierten standen weitgehend leer. Die Mieten mit Sanierung waren einfach zu teuer.

⁶ „Maßnahmen zu ergreifen, damit im Falle der Mietkostenübernahme durch die öffentliche Hand auch eine wirksame Kontrolle der Nebenkostenabrechnungen der Vonovia erfolgt und die Mieterinnen und Mieter im Falle einer nicht ordnungsgemäßen Abrechnung unterstützt werden.“

- 5 Mit freundlichen Grüßen und auch sehr besorgt, dass Sie m.E. das Problem nicht erkennen, sondern weiter machen wollen, wie bisher.
Rainer Dietrich